

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Energiewende endlich sozial gestalten

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. vermehrt auftretende Hitze- und Kälterekorde, Überschwemmungen sowie Dürren deutliche Zeichen des Klimawandels sind. 196 Staaten haben sich mit dem Pariser Klimaschutzabkommen das Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Staaten ihren Beitrag bei der Reduktion ihrer Kohlendioxid-Emissionen leisten.
2. die Energiewende schnellstens sozialer gestaltet werden muss, um auch in Zukunft eine hohe Akzeptanz zu gewährleisten.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. einen Antrag im Bundesrat mit der Forderung, die Netzentgelte bundesweit zu wälzen, einzubringen und deutlich zu machen, dass eine solidarische Wälzung eine Grundbedingung für den weiteren Ausbau der Windenergie in Mecklenburg-Vorpommern sein wird.
2. zu berechnen, welche Be- und Entlastungen sich für die Stromkunden in Mecklenburg-Vorpommern bei einer Wälzung der Netzentgelte im Land ergeben würden. Darüber ist dem Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung bis zum 30. September 2019 Bericht zu erstatten.
3. sich auf Bundesebene für eine Senkung der Stromsteuer und der deutlichen Eingrenzung der sogenannten Industrie-Rabatte einzusetzen.
4. bei der aktuellen Debatte um eine CO₂-Steuer auf die Besonderheiten von Flächenländern mit vielen Pendlern hinzuweisen und darauf zu drängen, dass bei einer Erhebung einer CO₂-Steuer eine Rückverteilung an die Verbraucher stattfinden muss.

5. Möglichkeiten zu prüfen, wie die Bevölkerung stärker als bisher von der Energiewende und vom Ausbau der Erneuerbaren Energien profitieren kann. Dazu ist dem Ausschuss für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung bis 30. September 2019 ein Bericht mit konkreten Maßnahmen und möglichen Ideen für Förderprogramme vorzulegen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Unmut der Bevölkerung, die in unmittelbarer Nähe von Windenergieanlagen bzw. von möglichen Windeignungsgebieten lebt und bisher keine Vorteile davon genießt, wächst. Insbesondere im ländlichen Raum, wo die Windenergieanlagen errichtet werden, sind die Netzentgelte deutlich höher als in den Städten. In Mecklenburg-Vorpommern sind die Stromkosten mittlerweile bundesweit mit am höchsten. Diese Diskrepanz zwischen vor Ort erzeugter sauberer Energie und einem ökonomischen Nachteil ist ungerecht und den Menschen nicht zu erklären. Mit einer erneuten Bundesratsinitiative zur bundesweiten Wälzung der Netzentgelte muss die Landesregierung deutlich machen, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie unter den bisherigen Bedingungen nur schwer gelingen wird. Doch auch auf Landesebene müssen weitere Optionen neben dem Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz geprüft werden, wie die Menschen im Land von der Energiewende profitieren können. Denn ohne ökonomische Vorteile wird die Akzeptanz für den weiteren Ausbau von Erneuerbaren Energien im ländlichen Raum weiter schwinden.